Südschleswigscher Wählerverband

SSW

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Speech
Kiel, 17.10.2001

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Abschaffung der ZVS

Es ist grundsätzlich keine schlechte Idee, dass die Hochschulen die Möglichkeit erhalten sollen, bei zulassungsbeschränkten Studiengängen einen Teil der Studierenden nach eigenen Kriterien auszuwählen. Das gibt den einzelnen Bildungseichrichtungen zum einen die Möglichkeit, ein eigenes Profil für bestimmte Studiengänge zu entwickeln. Zum anderen können hier andere Kriterien als der Gesamtnotendurchschnitt zum Tragen kommen. Und schließlich kann die Hochschule auch die Motivation der Studierenden in bestimmten für das Profil wichtigen Bereichen sichern. Letztlich ist ja die Motivation der Studierenden die beste Voraussetzung für eine hohe Qualität im Studium.

Wir meinen aber nicht, dass dieses die ZVS bzw. eine zentrale Einrichtung überflüssig macht. Wir sehen im Gegenteil eine solche Stelle als unverzichtbar an. Nur eine gemeinsame Einrichtung ist die richtige Grundlage für eine verbesserte zentrale Auswahl, ihr kann eine wichtige koordinierende Funktion im weitverzweigten deutschen Hochschulwesen zukommen.

Wir meinen, dass es neben der Auswahl der Hochschulen auch weiterhin politisch definierte Auswahlkriterien geben muss. Das ist ja auch im Vorschlag des ZVS-Beirats berücksichtigt, bei dem die Hälfte der Studierenden immer noch zentral ausgewählt werden muss. Hier könnten und müssten in Zukunft verstärkt soziale Kriterien, regionale Kriterien und andere Merkmale, wie zum Beispiel bürgerschaftliches Engagement zum Zuge kommen. Die Interessen der Hochschulen an Auswahl dürfen nicht

gegen Kriterien der Chancengleichheit und der sozialen Gerechtigkeit ausgespielt werden.

Der SSW hält bekanntlich viel von dänischen Lösungen. Wir meinen, dass die ZVS nach dänischem Vorbild zu einem Vergabesystem ausgebaut werden sollte, dass sowohl den Hochschulen wie auch den Studierenden eine bessere Planung ermöglicht.

Nördlich der Grenze geben alle Bewerberinnen und Bewerber eine prioritierte Liste ihre Studiengang- und Studienortwünsche an die zentrale Stelle für koordinierte Anmeldung. Diese koordiniert dann alle Anmeldungen entsprechend der Prioritäten. Dadurch erübrigt es sich für kommende Studierende sich bei der ZVS oder 20 Hochschulen parallel anzumelden und nicht zu wissen, ob man angenommen wird. Und auch die Hochschulen haben eine Gewissheit, wie viele Studierende den angebotenen Studienplatz wirklich annehmen. Ich meine, dass es legitim ist, kommenden Studierenden eine solche Prioritierung abzuverlangen.

Bedingung für ein solches System ist allerdings eine gute Studienberatung durch die Hochschulen und die zentrale Vergabestelle. Sie muss über die Schwerpunktbildung der Hochschulen gründlich informieren. Der dadurch entstehende Aufwand dürfte gering sein im Verhältnis zu den Kosten für Studierende, die wegen schlechter Information und Beratung den Studiengang wechseln.

Was nicht Sinn der Sache sein kann, ist die Auflösung der ZVS mit der Begründung, dass viele Studierende falsch am Platz sind und eher in Fachhochschulen gehören, weil sie gar keine akademische Karriere machen wollen. Die Bundesrepublik hat ein Problem, weil sie zu wenig Studierende pro Jahrgang hat im internationalen Vergleich. Solche Aussagen sind absurd angesichts der Tatsache, dass wir von der Wissensgesellschaft und lebenslangem Lernen sprechen.